

GEW: „Schulen am 11. Januar noch nicht wieder öffnen“

geschrieben von Redakteur | Januar 4, 2021



Gesundheit von Lehrenden, Lernenden und deren Eltern effektiv schützen:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) macht sich dafür stark, den Schul-Lockdown noch nicht am 11. Januar zu beenden. „Es wäre verantwortungsvoller gewesen, wenn sich die Kultusministerkonferenz (KMK) darauf verständigt hätte, den Schul-Lockdown um mindestens eine Woche verlängern“, sagt die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

Hausaufgaben nicht gemacht

Mit Blick auf die Videoschalte der KultusministerInnen erklärt sie weiter: „Im Moment kann nicht eingeschätzt werden, wie sich Weihnachten und Silvester mit Blick auf das Infektionsgeschehen auswirken... Es wäre besser gewesen, wenn die Kultusministerien in den Ländern die Weihnachtferien genutzt hätten, um ihre Hausaufgaben zu machen: nämlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass guter Wechsel- und Distanzunterricht gemacht werden kann, um Abstände zwischen den Menschen einzuhalten. Nur so kann die Gesundheit von Lehrenden, Lernenden und deren Eltern effektiv geschützt werden. Das gilt auch für die Grundschulen, um die Corona

keinen Bogen macht. Es bleibt dabei: Das Recht auf Bildung und der Gesundheitsschutz müssen unter einen Hut gebracht werden.“

Eltern entlasten

Es sei richtig, Eltern, die ihre Kinder betreuen müssen, zu entlasten und ihnen beispielsweise bezahlten Urlaub während der Schulschließungen zu ermöglichen, sagt Tepe. Prüfungen und Abschlüsse spielten für die Schüler und Schülerinnen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen eine wichtige Rolle.

Digitale Infrastruktur schaffen

Die Entwicklung der Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen müsse dabei im Mittelpunkt stehen, die Stoffmenge reduziert werden. Dafür müsse endlich die entsprechende Infrastruktur insbesondere auch mit Blick auf das digitale Lernen bereitgestellt werden.

Auch unter den Eltern regt sich Widerstand

Viele Eltern wenden sich mittlerweile ebenfalls gegen einen Schulbeginn mit Präsenzunterricht am 11. Januar 2021. In Baden-Württemberg hat sich der Landes-Elternbeirat an den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann mit einem Brandbrief gewendet und das Verhalten der Kultusministerin Susanne Eisenmann scharf kritisiert. Diese halte stur am Präsenzunterricht fest und ergreife trotz Pandemie keine effektiven Maßnahmen.

Quelle: Pressemitteilung GEW / Information LEB